

Damit aus Konflikten keine Kriege werden

Pax-Christi-Diözesanversammlung in Sasbach diskutierte Möglichkeiten des „Zivilen Peacekeeping“

Der Diözesanverband von Pax Christi hat sich bei seiner diesjährigen Mitgliederversammlung im Haus Hochfelden in Sasbach unter anderem mit der Ausgrenzung und Abschiebung von Flüchtlingen auseinandergesetzt und dazu Walter Schlecht von der Aktion Bleiberecht in Freiburg, eingeladen.

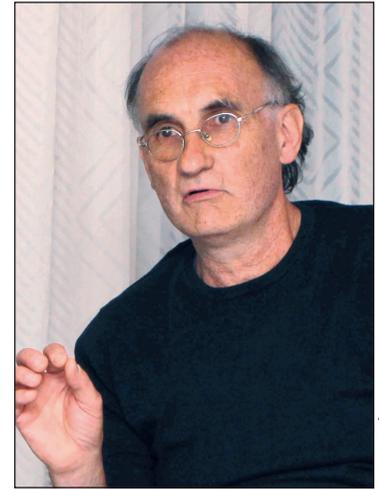
Von Peter Michael Kuhn

Walter Schlecht kritisierte die „im Eiltempo“ erfolgten Verschärfungen der Asylgesetze, insbesondere die Einordnung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien (2104) und Albanien, Montenegro und Kosovo (2015) als „sichere Herkunftsstaaten“. Es sei bekannt, dass dort insbesondere Angehörige der Roma-Minderheit erhebliche Diskriminierungen und Anfeindungen erfahren. Derzeit werde im Bundesrat über die Aufnahme von Marokko, Algerien und Tunesien beraten. Gleichzeitig werde auf EU-Ebene über eine gemeinsame Liste „sicherer Herkunftsstaaten“ diskutiert, die trotz der derzeitigen Entwicklungen die Türkei beinhalten solle.

Kritik am Konstrukt der „sicheren Herkunftsländer“

Das Konstrukt „sichere Herkunftsstaaten“ orientiere sich nicht an der Realität, sondern an den jeweiligen Flüchtlingszahlen und an politischen Opportunitäten, kritisierte Schlecht. Auch in den Maghreb-Staaten komme es zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Inanspruchnahme des Asylrechts sei nicht vollständig ausgeschlossen, jedoch müssten Asylsuchende die „gesetzliche Vermutung“ widerlegen, dass in ihrer Heimat keine Verfolgung stattfindet. Gelingen dies nicht – was in der Regel der Fall sei – so werde der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt.

Um präventive, langfristige Friedensarbeit zu fördern, aber



Fotos: Kuhn

Gäste bei der Pax-Christi-Diözesanversammlung. Von links: Christine Schweitzer, Julia Klemens und Walter Schlecht.

auch, um Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, wenn politische Versäumnisse oder politische Schuld der Vergangenheit aus latenten Konflikten Kriege werden lassen, hatte Pax Christi Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV) zur Mitgliederversammlung eingeladen.

Sie verwies darauf, dass wenn die politische Führung eines Staates nicht fähig oder willens ist, die Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, die internationale Staatengemeinschaft eingreifen darf. Über die jeweiligen Mittel entscheide der UN-Sicherheitsrat. Beispiele erfolgreicher Interventionen gebe es allerdings kaum, so Christine Schweitzer. Sie plädierte deshalb zum einen für den Weg der Prävention, der jedoch nicht „allmächtig“ sei. Viel stärker müssten Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktlösungen ausprobiert werden, betonte die Expertin und kritisierte, dass beispielsweise Deutschland jährlich 35 Milliarden für das Militär ausgibt, dem Zivilen Friedensdienst aber nur 35 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Beim „Zivilen Peacekeeping“ erklärte Schweitzer, gehe es um den Schutz von Zivilisten vor Gewalt in Konfliktsituationen durch unbewaffnete Zivilisten. Diese seien vor Ort präsent und wendeten vielfältige Instrumente an, Gewalt zu verhindern oder zu-

mindest Menschen vor den Auswirkungen solcher Gewalt zu bewahren. „Viele Menschen verstehen nur schwer, was sie in einem gewaltsamen Umfeld erreichen können, da wir daran gewöhnt sind, zu denken, dass Gewalt die einzige Quelle von Schutz sei“, so Schweitzer, „aber sie können trotzdem etwas bewirken.“

Freiwilligendienst in der Dominikanischen Republik

Dazu verwies die Expertin auf ein Beispiel im Sudan, wo Zivile Peacekeeperinnen und Peacekeeper Frauen bei ihrem Gang zu Wasseholen begleiteten. Hintergrund war, dass früher immer wieder Frauen vergewaltigt wurden. Seit dem Einsatz der unbewaffneten Peacekeeper aber sei es zu keiner einzigen Vergewaltigung mehr gekommen. Wichtig sei, dass es den Peacekeepern gelinge, vertrauensvolle Beziehungen zu allen Konfliktparteien und zu den Menschen vor Ort aufzubauen. Vorbedingung dafür seien Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von staatlichen oder anderen Partikularinteressen,

Julia Klemens und Franziska Ott berichteten bei der Mitgliederversammlung von ihrem Freiwilligendienst in der Dominikanischen Republik. In einem Elendsviertel Santo Domingos arbeiteten sie mit Kindern aus Haiti zusammen, deren Eltern aus Haiti

geflohen waren und schon lange illegal in der Dominikanischen Republik lebten. Durch ihre schwarze Hautfarbe seien sie besonders ausgegrenzt. Hauptziel ihres Einsatzes war es, in dieser konkreten Situation vor Ort Rassismus zu überwinden und einen Beitrag zu Gerechtigkeit zu leisten. Ihre Eindrücke fassten beide so zusammen: „Egal wie arm die Kinder dort sind, sie kommen so heiter und fröhlich einem entgegen. Bei uns beschwert man sich über alles Mögliche. Dort leben alle zusammen, Junge und Alte, Eltern mit Kindern und Großeltern.“

ANZEIGE

SCHENKEN mit MEHR-WERT

Nr. 5.121.005 • 160 Seiten • € 9,95

SPIEGEL Bestseller

Peter Hähne
Niemals aufgeben!
Mit Werten in Führung bleiben

www.kawohl.de
Ihr freundliches christliches Medienhaus

Kawohl Verlag e.K. • Tel. 0281/96299-0
Blumenkamper Weg 16 • 46485 Wesel